

Amtliche Daten wären gut, lösen aber nicht alle Probleme

Eine Antwort auf den Kommentar von Stefan Nährlich (Aktive Bürgerschaft)

Im Januar dieses Jahres hat Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ im Stifterverband) eine aktuelle Studie zur Finanzierung der organisierten Zivilgesellschaft in Deutschland vorgelegt. Die von der Körber-Stiftung geförderte Sonderauswertung von Daten des ZiviZ-Surveys 2012 schließt eine lange klaffende Forschungslücke. Denn die letzten Daten zur Finanzierung von gemeinnützigen Organisationen stammen vom Johns-Hopkins Projekt aus den 90er Jahren, sind also mittlerweile 20 Jahre alt. Wichtiges Ergebnis der Studie ist, dass die Rolle der öffentlichen Finanzierung dieses Organisationsfeldes lange Zeit überschätzt wurde. Die organisierte Zivilgesellschaft steht fester auf eigenen Beinen, als bislang angenommen. Gemeinnützige Organisationen sind in der Breite auch unternehmerisch aktiver, als häufig vermutet. Ein Nachholbedarf in Sachen wirtschaftlicher Ausrichtung kann also pauschal nicht festgestellt werden.

Aber auch Differenzierung ist wichtig. Denn man kann unter Finanzierungsgesichtspunkten von mindestens zwei Gesichtern der organisierten Zivilgesellschaft sprechen, je nachdem, wie stark die Organisationen in sozialstaatlich organisierte und besser refinanzierbare Strukturen der Dienstleistungserbringungen eingebunden sind.¹ Die Studie bestätigt damit auch die Befunde des Generali Engagementatlas 2015 zur Finanzierung von engagementfördernden Einrichtungen. Auch hier wurden die stark ungleiche Verteilung sowie Probleme der projektförmigen öffentlichen Förderung deutlich.

Aktuelle Relevanz erhalten die Ergebnisse im Licht derzeit geführter Beratungen zu einer Bundesstiftung Bürgerschaftliches Engagement und den öffentlich und parlamentarisch geführten Debatten über die Finanzierung von Infrastrukturen bürgerschaftlichen Engagements. Die Entwicklung wirkungsvoller Förderformate setzt Wissen über die Finanzierungsbedingungen und –probleme gemeinnütziger Organisationen voraus. Denn immerhin ca. 17,5 Millionen der 23 Millionen Freiwilligen sind in einem Verein, einer Stiftung, einer Genossenschaft oder auch einer gemeinnützigen GmbH bürgerschaftlich engagiert. Zivilgesellschaftliche Organisationen schaffen damit die wichtigsten Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement.

¹ Weitere Informationen unter <http://www.ziviz.info/publikationen/publikationen-und-materialien/>

In einem aktuellen Debattenbeitrag zur ZiviZ-Finanzierungsstudie hat Stefan Nährlich nun die Position eingebracht, dass Umfrageforschung in den Bereichen bürgerschaftlichen Engagements und Zivilgesellschaft stark von Subjektivismen der jeweiligen Forscherteams eingefärbt sei. „Vergleichbar sind die Daten nie. Und genau hier liegt ein zentrales Problem.“ Der vorgeschlagene Ausweg: Das Statistische Bundesamt soll es richten. Die Politik soll dem Statistischen Bundesamt den Auftrag erteilen und entsprechende Mittel bereitstellen, um „vergleichbare Daten der Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements und gemeinnütziger Organisationen“ zu erheben und diese „zeitnah und offen für die Analyse durch Wissenschaft und Praxis bereitzustellen.“

Der Forderung, dass die Themen bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft auch in der amtlichen Statistik verankert sein sollten, ist nichts entgegenzusetzen. Bei über 300 Fachstatistiken, die das Statistische Bundesamt produziert, ist es ein beklagenswerter Umstand, dass das Thema Engagement von der Zeitbudgeterhebung nur gestreift wird und der Datenfundus zu gemeinnützigen Organisationen im Unternehmensregister ungenutzt bleibt; es sei denn, es findet sich – wie zuletzt mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, der Bertelsmann Stiftung und der Fritz Thyssen Stiftung – ein privater Auftraggeber für die Auswertung.

Höchst problematisch ist allerdings die Rollenzuschreibung an die amtliche Statistik, die Nährlich vornimmt. Völlig ungeklärt bleibt, was staatliche Statistikproduktion zu einer so herausgehobenen Position qualifizieren sollte. Denn der Argumentation Nährlichs folgend sei nur wissenschaftlichen, nicht aber durch das statistische Bundesamt erhobenen Daten ein grundlegendes erkenntnistheoretisches Problem eigen: „Die Wahrheit oder wohl besser die Wahrheiten liegen jedoch im Blickwinkel des Betrachters. (...) Und obwohl sich die Verfasser in der Regel um eine gewisse Anschlussfähigkeit zu anderen Untersuchungen bemühen, kann man sich als Leser und potentieller Nutzer solcher Studien vor allem auf eines verlassen: Vergleichbar sind die Daten nie.“

Nun ist die Vorstellung vom Erkenntnisfortschritt in der wissenschaftlichen Forschung heute nicht anders als die einer pluralistischen Zivilgesellschaft fest im demokratischen Zeitalter angekommen. Meint: Wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt ist nicht Aufgabe von Datenproduzenten mit amtlichem Gütesiegel, sondern des freien und offenen Austauschs von Thesen und Erkenntnissen im Diskurs der Scientific Community. Keine Zentralstelle kann diesen prozeduralen Ort einer diskursiven Wahrheitsfindung ersetzen. Die Amtliche Statistik kann auch keine schlichtende Rolle im Widerstreit wissenschaftlicher Meinungen einnehmen, sondern immer nur eine ergänzende. Denn im Zweifel kann auch ein Statistisches Bundesamt irren. Auch die Entkoppelung der Datenproduktion von der Datenauswertung – erstere in den Händen des Bundesamtes, letztere zu bewerkstelligen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an Universitäten und Forschungsinstituten – bietet keinen Ausweg. Amtliche Daten haben keinen Logenplatz in den Arenen wissenschaftlicher Auseinandersetzung. Und schließlich ist auch ein Bundesamt kein Ort erkenntnisinteressefreier Forschung, schon daher, weil es eine solche nicht gibt.

Der Ausweg, den die moderne Wissenschaft aus dem Subjektivismus-Problem genommen hat, ist daher nicht der Gang über staatliche Stellen, sondern die Transparenz und vollständige Offenlegung aller zur Erkenntnis führenden Arbeitsschritte. Damit macht Wissenschaft Erkenntnisse überprüfbar. Und das ist bei der ZiviZ-Erhebung nicht anders als bei der Untersuchung des Johns-Hopkins-Projektes oder der jüngeren Studie „Gemeinnützige Organisationen heute“ vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung erfolgt. Misstrauen gegenüber Forscher-Subjektivismus ist daher durch sachliche Indikatorenkritik zu ersetzen und wird auch dann erst spannend.

Es führt also kein Weg vorbei am Streit der Positionen, Thesen und Methoden im wissenschaftlichen Diskurs. Das bedeutet aber freilich auch, dass man sich mit Thesen und Erkenntnissen auseinandersetzen muss, die einem unlieb sind. Nur im gemeinsamen Diskurs kommen wir in der Erkenntnis weiter – und dann hoffentlich auch bei der Wahl der zivilgesellschaftspolitisch richtigen Ansätze und Strategien.

AutorInnen:

Dr. Holger Krimmer ist Leiter der Geschäftsstelle Zivilgesellschaftsforschung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Mitglied der Geschäftsleitung der SV Wissenschaftsstatistik gGmbH.

Kontakt: holger.krimmer@stifterverband.de

Jana Priemer ist wissenschaftliche Referentin in der Geschäftsstelle Zivilgesellschaftsforschung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

Dr. Anaël Labigne ist wissenschaftlicher Referent in der Geschäftsstelle Zivilgesellschaftsforschung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de